

Bevölkerungswachstum und öffentliche Finanzen

Ein Gedankenspiel

Markus Eltges

1. Auf die Struktur des Bevölkerungswachstums kommt es an

Zu den Szenarien einer möglichen volkswirtschaftlichen Entwicklung gehört auch immer, ein Bevölkerungswachstum in Betracht zu ziehen und dessen mögliche Auswirkungen zu durchleuchten. Die Gründe hierfür sind vielfältig: eine stark erhöhte Flüchtlingszuwanderung seit 2015, die Folgen von Krieg und Vertreibung oder mögliche Konsequenzen von Klimaveränderungen auf das weltweite Wanderungsgeschehen. Natürlich sind auch Bevölkerungsverluste eine mögliche Zukunftsoption. Die aktuell geringen Geburtenraten in Deutschland sprechen dafür. Aber auch neue Krankheitsbilder mit sehr vielen Sterbefällen oder die Folgen von Hitze können die Zukunft prägen. Bedrückend zudem, dass heutzutage auch ein Risiko militärischer Auseinandersetzungen in ein Szenario aufgenommen werden muss.

Ein Blick in die Historie zeigt: Deutschland war schon immer ein Land mit zunehmenden Bevölkerungszahlen. Zwischen den Jahren 1950 und 2022 erhöhte sich die Einwohnerzahl Deutschlands um rund 13,6 Mio. Personen. Zwischen 1987 und 2022 nahm sie um rund 5 Mio. Personen zu. Im Zeitraum 2011 bis 2022 verzeichnete Deutschland ein Wachstum von 2,5 Mio. Personen. Die Gründe für dieses Wachstum reichen von den Auswirkungen des Endes des Zweiten Weltkrieges über neue Einwohner zur Überwindung des Arbeitskräftemangels (Gastarbeiter) und die Einwanderung deutschstämmiger Personen mit ihren Familien (Spätaussiedler) bis hin zu den Folgen von Krieg

und Vertreibung in der jüngeren Geschichte. Auch das kontinentale Wohlstandsgefälle gilt als Ursache für Zuwanderung.

Somit hat Deutschland über die Jahrzehnte immer wieder Neubürgerinnen und Neubürger in einem erheblichen Umfang aufgenommen. Die Formulierung »Deutschland ist ein Zuwanderungsland« hat somit vor dem Hintergrund der jüngeren Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Berechtigung. Damit kann als These ein weiteres Wachstum der Bevölkerung in den nächsten zwanzig Jahren durchaus formuliert werden. Zentral sind hierbei die Fragen: wie viele, wer und wohin. Der Beitrag von Hoymann und Jakubowski in diesen Band beantwortet zunächst einmal die Frage »wie viele«. Die Einwohnerzahl könnte unter den gesetzten Annahmen von 82,7 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 2022 auf 89 Mio. im Jahr 2045 anwachsen.

Der Beitrag beleuchtet auch auf Basis pfadabhängiger Analysen, wie sich das Wachstum regional verteilt. Kurz gesagt: Regionen, die in der Vergangenheit wirtschaftsstark waren, werden künftig weiterwachsen. Regionen, die in der Vergangenheit strukturschwach waren und eine demografische Bürde wegen hoher Sterbeüberschüsse trugen, werden trotz Wanderungsgewinnen weiter Einwohnerinnen und Einwohner verlieren. Diesen Annahmen folgend würden 92 % (über 5 Mio. Personen) des Einwohnerzuwachses bis 2045 auf Westdeutschland entfallen und nur 8 % (+0,5 Mio. Personen) auf Ostdeutschland einschließlich Berlin. Auf die öffentlichen Ausgaben wie Einnahmen bezogen würde dies bedeuten, dass im Westen das Wachstum und im Osten die Schrumpfung bezahlt werden müsste. Da unter den oben genannten Annahmen sich auch die öffentliche Einnahmehasis im Westen deutlich verbessern würde, könnten die Kosten des Wachstums getragen werden. Im Osten hingegen würde sich die Schere zwischen öffentlichen Ausgaben und Einnahmen eher erhöhen, weil bis 2045 mehr Menschen aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden als durch Zuwanderung hinzukommen. Dies kann politisch nicht gewollt sein.

Daher geht dieser Beitrag einen anderen Weg. Er stellt das Primat der Politik in den Vordergrund und geht davon aus, dass die wirtschafts-, fiskal- und regionalpolitischen Maßnahmen im Sinne der Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse Erfolg haben und infolge dessen die historischen Pfadabhängigkeiten von Binnen- und Außenwanderungen zumindest teilweise verlassen werden. Die Gründe hierfür sind vielfältig: neue Arbeitswelten mit der Entkopplung von Arbeitsort und Wohnort durch eine flächendeckende Breitband- und

Digitalversorgung auf einem hohen technischen Niveau, Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch eine verlässliche und qualitativ hochwertige Betreuungsinfrastruktur, verstärkte Nutzung von Wohnungsleerstand in ländlich-peripheren Regionen, erfolgreiche Industrieansiedlungen im Lichte einer Neujustierung der globalen Arbeitsteilungen als Grundlage einer europäischen Versorgungssicherheit (Halbleiter, Arzneiprodukte, Biomedizin, Batterietechnik) oder im Kontext der Energie- und Wärmewende mit neuen Industrieprodukten und Verfahren.

Das heißt: Auch das Unmögliche darf gedacht werden. Pfadabhängigkeiten aus der Vergangenheit bilden zwar immer wichtige Leitplanken zukünftiger Entwicklungen. Die Vergangenheit hat aber auch gelehrt, dass eben diese Pfade der Vergangenheit durchbrochen werden, sei es durch Naturkatastrophen, Kriege oder durch ein massives Wohlstandsgefälle zwischen Kontinenten. Auch die mittel- und langfristigen Veränderungen im globalen Klima und ihr Einfluss auf die Bevölkerungsbewegungen in nationalen wie internationalen Kontexten werden kaum langfristig beobachtbaren Pfaden folgen. All diese Ursachen sind mit Wanderungen über die jeweiligen nationalen Grenzen in Richtung einer neuen Zielregion verbunden. Es darf aber auch nicht der technisch-medizinische Fortschritt bei solchen Überlegungen außen vor bleiben. Durchbrüche bei der Krebsforschung, bei der nachhaltigen Bekämpfung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder der Demenzforschung würden dazu führen, dass bedeutend weniger Menschen vor dem Erreichen ihrer statistischen Überlebenswahrscheinlichkeit vorzeitig sterben. Ebenso darf auch ein gesellschaftlicher Wandel in Richtung »mehr Kinder« nicht außen vor bleiben, auch wenn die derzeitigen Daten für ein einen solchen Wandel wenig Anlass geben. Allein der Unterschied in den Fertilitätsraten zwischen Frankreich (1,79), Deutschland (1,46) und Italien (1,24) im Jahr 2022 kann als Hinweis dienen, dass ökonomisch und gesellschaftlich vergleichbare Staaten durch politische Maßnahmen durchaus Einfluss auf das Geburtengeschehen haben können. Auch der Beitrag von Hoymann/Jakubowski geht von einem Anstieg der Fertilitätsrate bis 2045 auf 1,7 aus. Trotz dieses Anstiegs wäre der natürliche Saldo, also die Differenz aus der Zahl der Geborenen abzüglich der Zahl der Verstorbenen, mit rund -6,2 Mio. Personen immer noch negativ. Das Wachstum der Bevölkerungszahlen würde folglich nur auf Außenwanderungsgewinnen basieren. Hoymann/Jakubowski setzen die Außenwanderungsgewinne

für den Zeitraum 2024 bis 2045 bei durchschnittlich 450.000 Personen pro Jahr an (2022: +1.462.000, 2023: +663.000 Personen). Dieser Wert entspricht dem Wert, der zwischen 2010 und 2020 im Mittel beobachtet wurde.

Mit Blick auf die Folgen eines demografischen Wachstums auf die öffentlichen Finanzen müssen demzufolge stets die Komponenten des Bevölkerungswachstums betrachtet werden. Das heißt:

- Bevölkerung zum Zeitpunkt $t+n$ =
- Anzahl der Geburten
- Anzahl der Sterbefälle
- + Anzahl der über die nationalen Grenzen zugewanderten Personen
- Anzahl der über die nationalen Grenzen ausgewanderten Personen

Diese Komponenten müssen wiederum in ihren quantitativen und strukturellen Dimensionen wie Geschlecht, Alter oder Ausbildung beleuchtet werden.

Wird die volkswirtschaftliche Betrachtungsebene um die regionale ergänzt, müssen ferner die sogenannten Binnenwanderungen hinzugezogen werden, also

- die Anzahl der in eine Region zugewanderten, aus einer anderen Region kommenden Personen
- Anzahl der aus einer Region in eine andere Region abgewanderten Personen.

Auch hier müssen die quantitativen und strukturellen Dimensionen dieser Komponenten beleuchtet werden.

Schließlich müssen all diese quantitativen und strukturellen Dimensionen in ihrer zeitlichen Dynamik betrachtet werden. So werden z. B. junge zugewanderte Personen älter und gründen eine Familie. Wenig ausgebildete Zugewanderte werden ausgebildet und tragen dann zur Stabilität des Arbeitsmarktes und damit der Sozialversicherungssysteme sowie der öffentlichen Steuereinnahmen bei.

Bereits diese Ausführungen zeigen, dass zwischen einem Bevölkerungswachstum und der Struktur sowie der Dynamik der öffentlichen Finanzen differenziert nach Ein- und Ausgaben keine eindimensionalen Kausalketten bestehen. Es kommt stets auf die quantitativen und strukturellen Dimensionen der Bevölkerungsentwicklung an. Aufgrund

der Komplexität von möglichen Varianten und der damit verbundenen Komplexität fiskalischer Wirkungen auf die staatlichen und regionalen Einnahmen und Ausgaben können nur mögliche Wirkungsketten beschrieben werden. Quantifiziert werden die Wirkungen nicht.

Im Zentrum dieser Analysen sollen Überlegungen zu den Auswirkungen eines Bevölkerungswachstums auf die öffentlichen Finanzen stehen. Folgende Grundannahmen sollen hierbei gelten: Die Bevölkerungszahl wächst

- zum einen durch eine gestiegene Geburtenrate als Ergebnis einer verbesserten kinder- und familienfreundlichen Politik
- und zum anderen durch Außenwanderungsgewinne. Diese Personen kommen ausschließlich dem ersten Arbeitsmarkt zugute und belasten nicht die sozialen Sicherungssysteme.

2. Öffentliche Finanzen und Bevölkerungsentwicklung

Es besteht kein monokausaler Zusammenhang zwischen den öffentlichen Finanzen und der Bevölkerungsentwicklung eines Landes und seiner Regionen. Das Verbindungsglied zwischen beiden Größen ist das Wirtschaftswachstum, in der Regel ausgedrückt durch das Bruttoinlandsprodukt. Eine Bevölkerungszunahme wirkt sich auf das Wirtschaftswachstum in Abhängigkeit von den demografischen Merkmalen der zuwandernden Menschen aus, also vor allem von Geschlecht, Alter oder Ausbildung. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung würde ohne Ausenzuwanderung und ohne eine steigende Erwerbsquote bis zum Jahr 2035 das Arbeitskräfteangebot in Deutschland um 7 Mio. Personen zurückgehen (vgl. Hellwagner et al. 2022). Würden aber z. B. durch Zuzug aus dem Ausland nur junge und gut ausgebildete Fachkräfte einwandern und damit die Fachkräftelücke in Deutschland schließen, wäre ein Wachstumsimpuls mehr als wahrscheinlich. Dieser Wachstumsimpuls würde über direkte und indirekte Effekte die öffentlichen Steuereinnahmen sowie die Einnahmen der Sozialversicherungssysteme, insbesondere der Renten- und Krankenversicherungen, erhöhen. Die Erhöhung der öffentlichen Steuereinnahmen könnte die öffentlichen Ausgaben in sehr verschiedene Richtungen beeinflussen:

1. Sie erhöhen die öffentlichen Ausgaben, weil der Staat mehr Geld hat. Hier ist es mit Blick auf das Wirtschaftswachstum und die Produktivität der Wirtschaft entscheidend, ob mehr in den Konsum oder mehr in die Infrastruktur, den Klimaschutz oder die Anpassung an den Klimawandel investiert wird. Erhöhte Einnahmen könnten in den Abbau des aktuellen Sanierungsstaus bei öffentlichen Infrastrukturen investiert werden und in die staatlichen Verpflichtungen, die sich aus den Klimaschutzgesetzen ergeben – bis 2045 klimaneutral zu sein. Wachstumsimpulse und wiederum erhöhte Steuernahmen wären die Folge.
2. Sie reduzieren die staatliche Schuldenlast, wenn die Mehreinnahmen u. a. zur Schuldentilgung eingesetzt würden. Dies wiederum würde den staatlichen Handlungsspielraum zukünftiger Generationen erhöhen und potenzielles Wachstum in die Zukunft verlagern.
3. Sie reduzieren die staatliche Steuerlast für Personen und Unternehmen, wenn die Mehreinnahmen zu Steuersenkungen genutzt würden. Hiervon könnten durch eine stärkere Binnennachfrage Wachstumsimpulse und damit zusätzlich erhöhte Steuereinnahmen einhergehen, wenn die privaten Mehreinnahmen auch in den Konsum fließen.
4. In Zeiten geopolitischer Unsicherheiten könnten staatliche Mehreinnahmen auch zur Finanzierung von notwendigen Verteidigungsausgaben genutzt werden. Ein Zusammenhang mit Wachstum besteht zwar durch die Erhöhung der industriellen Produktion, gleichwohl ist dies nicht der Bewertungsmaßstab für solche Ausgaben, wenn es um die Wahrung von Sicherheit und Demokratie geht.
5. Die Einnahmen der Sozialversicherungssysteme würden steigen. Dies würde sowohl die Arbeitgeber- als auch die Arbeitnehmerseite entlasten, wenn die gesteigerten Einnahmen in Form von Beitragssenkungen an beide Seiten vollständig oder in großen Teilen weitergegeben würden. Bei den Arbeitgebern ergäben sich Kostensenkungen und damit Wettbewerbsvorteile im internationalen Wettbewerb. Den Arbeitnehmern stünde mehr Geld für den Konsum zur Verfügung. Dies würde wiederum die Inlandsnachfrage anstoßen und unter anderem die Einnahmen aus der Umsatzsteuer erhöhen. Erhöhte Einnahmen in der Rentenversicherung könnten den notwendigen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt zur Deckung der Rentenzahlungen reduzieren (vgl. Deutsche Renten-

versicherung 2024). Dies würde die beschriebenen Optionen a) bis d) wiederum ins Spiel bringen.

In der politischen Realität wird es nie das eine oder das andere geben. Je nach politischer Ausrichtung und Präferenz sowie demokratischen Mehrheitsverhältnissen ist eine Mischung aus all diesen Optionen wahrscheinlich. All diese Optionen oder Mischungen dieser Optionen gingen mit unterschiedlichen Effekten für das Wirtschaftswachstum und die staatlichen Einnahmen einher. Dabei sind konjunkturelle Effekte durch die internationale Arbeitsteilung in Zeiten des Wandels schwer zu prognostizieren, weil die Interaktion auf den internationalen Finanzmärkten, der unterschiedliche technische Fortschritt in den entwickelten Nationen dieser Welt und nicht zuletzt das Agieren großer Volkswirtschaften wie China oder die USA das jeweilige nationale Wirtschaftswachstum stets erheblich beeinflussen. Dies gilt umso mehr für Deutschland mit seiner sehr breiten exportorientierten industriellen Basis.

Wird das Wirtschaftswachstum seit 1950 mit der jeweiligen Veränderung der Bevölkerungszahlen über die Dekaden verglichen, so zeigt sich kein eindeutiger Zusammenhang zwischen beiden Größen. Ein Bevölkerungswachstum geht also nicht zwingend mit einem Wirtschaftswachstum einher. Während über die Dekaden das Wirtschaftswachstum in der Tendenz fällt, ist die Veränderung der Bevölkerungsentwicklung eher durch ein Auf und Ab gekennzeichnet. Während die Bevölkerungsentwicklung auch immer das Ergebnis historischer oder politischer Entscheidungen war, sind die Phasen des Wachstums auch immer von weltweiten Ereignissen geprägt. Dazu zählen die Ölpreiskrise Mitte der 1970er Jahre, die Finanzmarktkrise 2007/2008, die Coronapandemie oder der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine mit daraus resultierenden hohen Flüchtlingszahlen.

Tab. 1: Wirtschaftswachstum, Veränderung der Bevölkerungszahlen und öffentliche Finanzierungsdefizite im Dekadenvergleich

	Bruttoinlands- produkt preisbereinigt im Durchschnitt der Dekaden in %	Bevölkerungs- wachstum im Durchschnitt der Dekaden in %	Summe des öffentlichen Finanzierungs- saldos im Vergleich der Dekaden in Mrd. €
1950–1960 (Nachkriegs- zuwanderung)	8,2	5,48	
1960–1970 (Anwerbeab- kommen Gastarbeiter)	4,4	6,73	
1970–1980	2,9	0,42	-106,6
1980–1990 (Spätaussied- ler aus Osteuropa)	2,6	1,73	-217,8
1991–1999 (Deutsche Einheit, Spätaussiedler)	1,6	3,14	-587,4
2000–2009 (2007/2008 Finanzmarktkrise)	0,9	-0,62	-530,6
2010–2019 (hohe Zuwan- derung 2015)	1,2	1,72	110,6
2020–2023 (Coronapan- demie, ab 2022 Zuzug aus der Ukraine)	0,9	1,82	-461,7

Quelle: Statistisches Bundesamt (2023b, 2023c: 41), Daten des BBSR, eigene Be-
rechnung und Darstellung

Demgegenüber sind zwischen 1950 und 2023 sowohl die Ausgaben als auch die Einnahmen der öffentlichen Haushalte stetig gestiegen. In fast allen Jahren gaben die staatlichen Ebenen mehr Geld aus, als sie eingenommen haben. Nur in der Phase von 2014 bis 2019 wurde sechsmal in Folge ein Finanzierungsüberschuss erzielt. Die Coronapandemie ab 2020 sowie die Energiekrise 2022 führten wiederum zu Rekorddefiziten bei der Finanzierung der öffentlichen Haushalte. Demnach werden der Nutzen oder die Kosten aus einem Bevölkerungswachstum vor allem

durch exogene Krisenfaktoren überlagert, die vor allem zum Ansteigen der öffentlichen Finanzierungsdefizite beitragen.

Die Formel »mehr Menschen, mehr Einnahmen und mehr Ausgaben« lässt sich statistisch auf der nationalen Ebene auf den ersten Blick bestätigen. Der zweite Blick zeigt aber auch, dass vor allem die staatlichen Einnahmen wie Ausgaben starke Bezüge zu Krisen haben, die nicht unmittelbar mit dem Bedarfsträger »Einwohner« korrespondieren. Als Beispiele seien hier nur Bankenrettungen, Energiepreisbremsen oder Subventionen für bestimmte Branchen, Unternehmen oder Regionen genannt.

Auch wenn die Effekte nicht trennscharf zwischen »bevölkerungsverursacht« und »krisen- oder politisch verursacht« ermittelt werden können, kann als grober Anhaltspunkt die Altersstruktur der Bevölkerung herangezogen werden. Werden die Altersklassen unter 20 Jahre, 20 bis 67 Jahre und über 67 Jahre als Klassengrenzen für die Lebensphasen »Kind, Ausbildung«, »Erwerbsleben« und »Rentenalter« herangezogen, so lassen sich fiskalisch folgende Effekte beschreiben (vgl. Beznoska 2022).

1. »Kind, Ausbildung«: geringe staatliche Einnahmen¹, hohe staatliche Ausgaben
2. »Erwerbsleben«: hohe staatliche Einnahmen, geringe staatliche Ausgaben
3. »Rentenalter«: mittlere staatliche Einnahmen, hohe staatliche Ausgaben

Bis zum Ende der Ausbildung und dem Eintritt in das Erwerbsleben investiert der Staat sehr viel Geld in die jungen Menschen. Kindergärten, Schulen und Hochschulen sind hier die zentralen Ausgabeposten. Nach dem Bildungsfinanzbericht 2023 verausgabten die öffentlichen Haushalte im Jahr 2020 164 Mrd. € für die Finanzierung von Kindertageseinrichtungen, Schulen oder Hochschulen (vgl. Statistisches Bundesamt, 2023a: 19). Dies sind rund 4 % des Wirtschaftsleistung. Hinzukommen die Zahlungen für das Kindergeld. So gab der deutsche Staat im Jahr 2022 fast 50 Mrd. € für das Kindergeld und den Kinderzuschlag aus. Dies entspricht rund 1,2 % der Wirtschaftsleistung oder 10 %

1 Die geringen staatlichen Einnahmen erklären sich über die Konsumausgaben der Eltern oder Familie für die Kinder.

des Bundeshaushalts (vgl. Fratzscher 2023). Aus dem Regelkreis des Sozialgesetzbuches kamen im Jahr 2022 weitere 15 Mrd. € für Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, Hilfe für junge Volljährige und Inobhutnahme hinzu. Ferner muss der Betrag mitbedacht werden, der im Rahmen des Bürgergeldes für die Minderjährigen Bestandteil der Zahlungen ist. 2023 wurden in Deutschland rund 5,6 Mrd. € für 1,8 Mio. Kinder und Jugendliche im Bürgergeld ausgegeben (Deutscher Bundestag 2024). Hierbei ist ein starker Zuwachs bei zugezogenen Kindern und Jugendlichen aus dem Ausland zu verzeichnen. In der Summe werden somit rund 6 % der deutschen Wirtschaftsleistung im Durchschnitt der Jahre 2020 bis 2023 in junge Menschen investiert.

Die Phase des Erwerbslebens ist für die öffentlichen Finanzen die günstigste Phase. Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer sowie die weitgehend vom privaten Konsum getragene Umsatzsteuer machten im Jahr 2022 rund 590 Mrd. € aus. Dies entsprach zwei Drittel des gesamten staatlichen Steueraufkommens und rund 15 % der Wirtschaftsleistung. Dem standen auf der Ausgabenseite unter anderem rund 43 Mrd. € für das Bürgergeld sowie rund 6 Mrd. € nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Rahmen der sozialen Absicherung gegenüber. Auch wenn noch weitere Ausgabenposten hinzugerechnet werden müssen, bleibt im Ergebnis, dass diese Altersgruppe dem Staat mehr an Finanzen gibt, als sie vom Staat in Anspruch nimmt.

Auch wenn im Rentenalter vor allem staatliche Einnahmen im Rahmen der Umsatzsteuer durch die Konsumausgaben der Rentnerinnen und Rentner generiert werden, so fallen doch hohe staatliche Ausgaben durch die Unterdeckung der Rentenversicherungssysteme, der Grundsicherung im Alter sowie durch die Kosten für Krankheit und Pflege an (das sind rund 3 % der Wirtschaftsleistung). Die in 2023 ausgezahlten Renten in Höhe von rund 390 Mrd. wurden mit fast 89 Mrd. € Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt gedeckt. Hinzu kommen die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter, die im Jahr 2023 mit 10 Mrd. € zu Buche schlugen. Auch die Gesundheitskosten im Alter nehmen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes rapide zu. Im Jahr 2020 lagen die durchschnittlichen Gesundheitsausgaben pro Einwohner bei 5.190 €. Die Ausgaben für jüngere Menschen sind deutlich niedriger als die Ausgaben für ältere Menschen. So lagen die durchschnittlichen jährlichen Pro-Kopf-Ausgaben bei Personen unter 45 Jahren unter 2.600 €. In der Altersgruppe der 45- bis unter 65-Jährigen stiegen sie auf knapp

4.500 € an, jenseits des 65. Lebensjahrs war ein deutlicher Sprung auf 10.150 € bis zu 25.350 € bei Personen über 85 Jahre (vgl. Statistisches Bundesamt o. J.c). Bereits im Jahre 2022 sind die Gesundheitsausgaben auf 497,7 Mrd. € oder 5.939 € je Einwohnerin und Einwohner gestiegen. Der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt lag damit 2022 bei 12,8 % (vgl. Statistisches Bundesamt 2024a).

Um die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen zu decken, musste der Bund im Jahr 2024 14,5 Mrd. € aus dem Gesundheitsfonds zuschießen. Durch die gesetzlichen Beiträge zur Krankenversicherung, die von Arbeitnehmern und Arbeitgebern hälftig zu tragen sind, ist ein generationenübergreifender Finanzverbund etabliert. Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanzieren zu großen Teilen die Gesundheitskosten der älteren Generation. Die demografische Alterung in Deutschland führt zu steigenden Kosten. Steigende Kosten führen in der Regel zu steigenden Versicherungsbeiträgen, auch wenn die Rentnerinnen und Rentner durch eigene Beiträge zu Finanzierung der Krankenversicherungen beitragen. Höhere Beiträge führen einerseits zu geringerem Konsum und andererseits zu erhöhten Standortkosten für die Unternehmen. Beides kann die staatliche Einnahmefähigkeit schmälern, falls nicht instrumentell gegengesteuert wird.

Die beschriebenen Zusammenhänge zwischen Alter und öffentlichen Einnahmen und Ausgaben sind Ausdruck des Sozialstaatsprinzips. Der Staat nimmt von Personen im Erwerbsalter netto mehr ein, als er für diese Personengruppe ausgibt und lässt diese Mehreinnahmen jungen Menschen und Personen im fortgeschrittenen Alter zukommen. Hierbei muss stets der Lastenausgleich zwischen den Generationen so gewährleistet sein, dass keine Altersklasse finanziell über die Zeit überfordert wird. Hier sprechen wir vom Generationenvertrag, der in Deutschland lange Zeit die Basis für soziale und wirtschaftliche Stabilität war, der aber nicht zuletzt im demografischen Wandel und mit einer alternden Bevölkerung an der einen oder anderen Stelle zu justieren ist.

Bezogen auf ein Wachstum der Bevölkerungszahlen bedeutet dies, dass ein Zuwachs in den Arbeitsmarkt die Generationengerechtigkeit fördert und die öffentlichen Ausgaben entlastet.

Tab. 2: Altersklassen nach Lebensphasen im Zeitvergleich

Alters- klassen	Bevölkerung in Mio.				Anteil in %		
	jünger als 20	20 bis 67 Jahre	älter als 67 Jahre	Summe	jünger als 20	20 bis 67 Jahre	älter als 67 Jahre
1950	21,1	42,7	5,6	69,4	30,4	61,5	8,1
1960	20,8	45,3	7,1	73,2	28,4	61,9	9,7
1970	23,4	45,7	9,0	78,1	30,0	58,5	11,5
1980	21,0	46,7	10,7	78,4	26,8	59,6	13,6
1990	17,3	52,1	10,4	79,8	21,7	65,3	13,0
2000	17,4	55,1	11,8	84,3	20,6	65,4	14,0
2010	15,0	51,3	15,2	81,5	18,4	62,9	18,7
2022	15,3	51,1	16,3	82,7	18,5	61,8	19,7
2045	18,6	52,0	18,7	89,4	20,9	58,2	20,9
2045 zu 2022	3,3	0,9	2,4	6,7			

Quelle: Statistisches Bundesamt (o. J.a), 2045 nach Prognose Hoymann/
Jakubowski in diesem Band, eigene Darstellung

Im Vergleich zum Jahre 2022 gehen mit dem BBSR-Szenario (vgl. Hoymann/Jakubowski in diesem Band) folgende Zuwächse nach kostenrelevanten Altersgruppen einher:

- + 3,3 Mio. Kindergartenkinder, Schulpflichtige und teilweise Studierende
- + 0,9 Mio. mehr Personen im erwerbsfähigen Alter
- + 2,4 Mio. Personen im Rentenalter (ab 67 Jahren) und davon
- + 0,7 Mio. mehr hochbetagte Menschen, die 85 Jahre und älter sind.

In der Summe stehen demnach 5,7 Mio. Personen bezogen auf die öffentlichen Finanzen mit einer Deckungslücke 0,9 Mio. Personen mit einem Überschuss gegenüber. Dies muss indes nicht bedeuten, dass die öffentlichen Finanzen aus dem Ruder laufen. Denn unter den Bedingungen eines Arbeitskräftemangels muss auch die Zahl der inländischen Erwerbspersonen erhöht werden. Durch eine Erhöhung der

Erwerbsquote, insbesondere bei Frauen, sowie eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit gepaart mit einer Steigerung der Arbeitsproduktivität durch technischen Fortschritt können sich die staatlichen Einnahmen auch so deutlich erhöhen, dass die entstehenden Kosten durch ein Bevölkerungswachstum mehr als kompensiert werden. Zudem gilt es, günstige Rahmenbedingungen für eine Zuwanderung für Personen aus dem Ausland zu schaffen, die direkt in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. Dies ist Aufgabe der Politik. Stichworte sind hier Fachkräfteeinwanderung, schnelle Integration von Zugewanderten in den Arbeitsmarkt und verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Erste Schritte hat die Politik mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz im Jahre 2023 bereits unternommen. Nicht zuletzt geht es auch um die Schaffung von betrieblichen Bedingungen am Arbeitsplatz, die die Zufriedenheit und die Arbeitsmotivation erhöhen.

3. Öffentliche Finanzen, Bevölkerungsentwicklung und Regionen

Werden diese volkswirtschaftlichen Effekte um die regionale Ebene erweitert, so können die Wirkungen einer Zunahme der Bevölkerungszahl sehr differenziert auf die jeweiligen regionalen Einnahmen und Ausgaben wirken. Denn entscheidend ist auch hier die Quelle des Bevölkerungswachstums: Anzahl der Geburten und Anzahl und Struktur der Zugewanderten und hier vor allem, welche Regionen Ziel der Zuwanderung sind.

Die demografische Entwicklung in Deutschland wird derzeit erstens durch das Bevölkerungswachstum der größeren Städte geprägt – getragen vor allem durch die Außenwanderungsgewinne. Zweitens durch das Schrumpfen vieler ländlich-peripherer Räume, also von Regionen abseits der Agglomerationsräume. Hier ist vor allem der Osten Deutschlands betroffen. Ursache sind vor allem die Sterbeüberschüsse. Diese resultieren aus dem hohen Anteil älterer Menschen. Der hohe Anteil ist auf die starke Abwanderung meist junger Frauen in den Jahren nach der deutschen Einheit und die stark rückläufigen Geburtenzahlen in der Wendezeit zurückzuführen. So stellt das Statistische Bundesamt fest:

Zum Zeitpunkt der deutschen Einheit im Jahr 1990 lebten in Westdeutschland (hier: früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West) rund 62 Mio. Menschen. Es waren viermal so viele wie in den ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) mit ihren damals circa 15 Mio. Einwohnenden. Während die Bevölkerung im Westen Deutschlands zwischen 1990 und 2022 um 10 % auf 68 Mio. gewachsen ist, nahm sie im gleichen Zeitraum im Osten um 15 % auf 12,6 Mio. ab. Damit lebten 2022 in Westdeutschland mehr als fünfmal so viele Menschen wie in den ostdeutschen Bundesländern. Diese unterschiedlichen Entwicklungen resultieren aus Veränderungen der Bevölkerung durch Wanderungsbewegungen, Geburten und Sterbefälle. (Statistisches Bundesamt o. J.b)

Mit dieser Verschiebung in den Gewichten der Bevölkerungszahlen waren in der Vergangenheit schon erhebliche fiskalische Folgen verknüpft. Mit dem Bevölkerungsverlust in Ostdeutschland nahm auch dessen Anteil an der Staatsfinanzierung ab. Gleichzeitig ist der Bedarf an strukturpolitischen Maßnahmen zur Gegensteuerung dieser Entwicklung gestiegen. Darüber hinaus wurden Anpassungsmaßnahmen notwendig, um die Tragfähigkeit der Infrastruktur angesichts der abnehmenden Bevölkerungszahl zu sichern. Auf der anderen Seite hat der Bevölkerungszuwachs im Westen dessen staatliche Einnahmeposition gestärkt und gleichzeitig den Bedarf an Infrastruktureinrichtungen deutlich erhöht. Der Bedarf an neuen Kindergärten, Schulen, Wohnungen oder erweiterten ÖPNV-Leistungen haben dem Bund, Ländern und Kommunen erhebliche zusätzliche Ausgaben abverlangt. Hinzu kommt die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum als eine der wichtigsten sozialen Fragen, die es zu lösen gilt.

Somit wird eines schnell deutlich: Bevölkerungswachstum kostet Geld, Bevölkerungsschrumpfung aber auch. Die Höhe dieser Ausgaben hängt neben der Struktur des Bevölkerungswachstums vor allem von dessen räumlicher Verteilung ab.

Zwar sorgen verschiedene Mechanismen für eine regionale Stabilisierung im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse. Dazu zählen staatliche Finanzausgleichssysteme wie der Finanzausgleich zwischen den sechzehn Bundesländern, der kommunale Finanzausgleich innerhalb eines Bundeslandes oder der sogenannte »verdeckte Finanzausgleich« innerhalb der Sozialversicherungssysteme (vgl. Koller/Schiebel/Stichter-Werner 2003). Damit einher gehen erhebliche Finanztrans-

fers zwischen West und Ost, zwischen strukturstarken Kommunen mit Bevölkerungszuwachs und strukturschwachen Kommunen mit Bevölkerungsrückgang, zwischen Regionen mit vielen Einzahlern ins Sozialversicherungssystem und Regionen mit vielen Leistungsempfängern aus den Sozialversicherungskassen. Dennoch darf dieses Solidaritätssystem fiskalisch nicht überfordert werden, die Unterschiede im Ausgleich dürfen nicht zu groß werden.

Ein Bevölkerungswachstum im Muster der Vergangenheit würde diese Überforderung unterstützen. Daher ist es von großer Bedeutung, über Anreize Bedingungen zu schaffen, die einen Bevölkerungszuwachs auf anderen Pfaden als der der Vergangenheit ermöglichen.

Wird von den Ergebnissen des Zensus 2022 mit 82,7 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern in Deutschland ausgegangen und eine Bevölkerungszahl von 89,4 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 2045 in Deutschland unterstellt, gehen die pfadabhängigen Berechnungen von Hoymann/Jakubowski davon aus, dass 92 % dieses Zuwachses in Westdeutschland und 8 % in Ostdeutschland zu bewältigen wären. Eine solche Verteilung hätte gravierende Auswirkungen auf die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. Die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse bekäme eine neue Dimension im Ausmaß von regionalen Ungleichgewichten. Wachstumsausgaben für Wohnungen, soziale Infrastrukturen sowie ÖPNV würden »Schrumpfungskosten« wie Sicherung der Daseinsvorsorge und Rückbau öffentlicher Infrastruktur gegenüberstehen. Die indirekten Umweltkosten durch einen erhöhten CO₂-Ausstoß in Westdeutschland durch den Bau von Infrastruktur müssen ebenso bedacht werden.

Wird hingegen davon ausgegangen, dass sich dieses Bevölkerungswachstum auch in Ostdeutschland durch eine zukunftsorientierte Industrie- und Arbeitskräftepolitik gepaart mit attraktiven gut bezahlten Arbeitsplätzen mit 2,6 Mio. neuen Bürgerinnen und Bürgern verstärkt niederschlägt, sähen die Wirkungen auf die öffentlichen Finanzen in den Ländern und Kommunen wie folgt aus. Mit diesem Zuwachs von 2,6 Mio. Menschen, sei es durch Geburten oder qualifizierte Zuwanderungen aus dem Westen oder aus dem Ausland, hätte Ostdeutschland jene Einwohnerzahl erreicht, die es mit Beginn der Deutschen Einheit hatte. Was spricht noch dafür? Allein über die Anzahl der leerstehenden Wohnungen könnten unter der Annahme, dass zwei Personen im Durchschnitt eine Wohnung beziehen, bereits rund

1,2 Mio. Einwohner bestehende Wohnungen nutzen und davon rund eine Mio. Menschen in einem Ort mit einer zentralörtlichen Funktion, also in Städten, die bereits über eine Attraktivität und über ein Infrastrukturangebot verfügen. Für weitere 1,4 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner müsste neuer Wohnraum geschaffen werden. Dieser Neubau oder Umbau bestehender Substanz könnte wiederum Wachstums- und damit Einnahmeeffekte, vor allem bei der regionalen Bauindustrie, auslösen.

Tab. 3: Leerstehende Wohnungen als Basis für Bevölkerungswachstum

Zentralörtliche Einstufung	Ost-West	Leerstehende Wohnungen	Wohnungen insgesamt	Leerstandsquote in %	Anteil Leerstand an allen leeren Wohnungen in %
Oberzentrum	Ost	177.647	4.135.759	4,30	9,2
Oberzentrum	West	400.626	11.536.017	3,47	20,8
		578.273	15.671.776	3,69	30,0
Mittelzentrum	Ost	183.668	2.116.835	8,68	9,5
Mittelzentrum	West	427.687	10.768.060	3,97	22,2
		611.355	12.884.895	4,74	31,8
Grundzentrum und niedriger	Ost	104.955	1.187.570	8,84	5,5
Grundzentrum und niedriger	West	345.534	7.994.111	4,32	18,0
		450.489	9.181.681	4,91	23,4
keine zentralörtliche Einstufung	Ost	110.285	1.640.546	6,72	5,7
keine zentralörtliche Einstufung	West	174.386	3.727.700	4,68	9,1
		284.671	5.368.246	5,30	14,8
Insgesamt		1.924.788	43.106.598	4,47	100

Zentralörtliche Einstufung	Ost- West	Leer- stehende Wohnungen	Woh- nungen insgesamt	Leerstands- quote in %	Anteil Leerstand an allen leeren Wohnun- gen in %
	Ost	576.555	9.080.710	6,35	30,0
	West	1.348.233	34.025.888	3,96	70,0

Quelle: Statistisches Bundesamt (2024b), eigene Berechnungen des BBSR

Die fiskalischen Wirkungen wären (unter sonst gleichen Bedingungen):

1. Das Steueraufkommen in allen Bundesländern würde steigen.
2. Das Ausgleichsvolumen zwischen den Ländern im Länderfinanzausgleich würde sich wahrscheinlich verringern. Denn unter der Annahme, dass der größte Anteil des Bevölkerungszuwachses in Ostdeutschland dem ersten Arbeitsmarkt zugutekommt, würde sich das Wirtschaftswachstum erhöhen und damit die Steuerkraft des Bundeslandes steigern. Hintergrund dieser Annahme ist, dass durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze die Produktivität in den ostdeutschen Bundesländern höher ist als die Integration des Bevölkerungswachstums in den Arbeitsmarkt in bestehende Wirtschaftsstrukturen in Westdeutschland. Dafür würde sprechen, dass in Ostdeutschland Deutschlands neue Industrien aufgebaut würden, die bislang nicht oder nur unterdurchschnittlich repräsentiert waren. Neue Industrien würden auf dem aktuellen Stand des technischen Fortschritts mit hohen Arbeitsproduktivitäten errichtet. Im Westen Deutschlands würde der Zuwachs an Arbeitskräften in bestehende Wirtschaftsstrukturen übernommen, deren Modernisierungsgrad nach und nach entwickelt wird.
3. Innerhalb der Länder könnten vor allem die Städte und Gemeinden mit einer sogenannten zentralörtlichen Einstufung wie Ober-, Mittel- und Grundzentrum im kommunalen Finanzausgleich ihre Einnahmehasis steigern. Denn mehr Einwohnerinnen und Einwohner bedeuten im System des kommunalen Finanzausgleichs auch mehr Geld durch die sogenannten Schlüsselzuweisungen. Denn diese Schlüsselzuweisungen werden vom Volumen her über

die sogenannte Steuerverbundmasse geregelt. Über diese Steuerverbundmasse beteiligt das jeweilige Land seine Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes, insbesondere der Umsatzsteuer sowie der Landessteuern. Steigende Einnahmen hier erhöhen die Steuerverbundmasse. Städte und Gemeinden mit vielen Einwohnerinnen und Einwohnern verlangen ein höheres Ausgabenniveau im Vergleich zu den kleineren Gemeinden. Dieser erhöhte Finanzbedarf im Rahmen der kommunalen Finanzausgleichssysteme wird durch die sogenannten Hauptansatzstaffeln anerkannt und umgesetzt: je mehr Einwohner, desto mehr Schlüsselzuweisungen.

Die fiskalischen Effekte würden sich über den Erfolg der Ansiedlung von neuen Arbeitsplätzen und über die Einnahmen aus der Gewerbesteuer weiter regional differenzieren.

4. Fazit

Der Beitrag hat die Effekte einer möglichen Bevölkerungszunahme unter bestimmten positiven Annahmen beschrieben. Zwei Annahmen sind hiervon von besonderer Bedeutung. Erstens: Zuwanderung erfolgt nur in den Arbeitsmarkt. Zweitens: Der Politik gelingt es, alte Pfadabhängigkeiten der Wanderungen zu durchbrechen und neue regionale Verteilungsmuster auszulösen. Hierzu gehören vor allem die ostdeutschen Bundesländer. Die erste Annahme führt dazu, dass Personen einwandern, die mehr zum öffentlichen Steueraufkommen beitragen, als sie Kosten verursachen. Die zweite Annahme führt dazu, dass entgegen den aktuellen Entwicklungen und Trends die ostdeutschen Bundesländer wieder auf den Stand ihrer Bevölkerungszahlen zu Beginn der Deutschen Einheit kommen. Gepaart mit einer erfolgreichen Industriepolitik sowie mit großen Ansiedlungserfolgen gewinnen die östlichen Bundesländer stark an Steuerkraft und schließen zu den westlichen Ländern auf. Im Ergebnis würde das Volumen im Länderfinanzausgleich von derzeit 18 Mrd. € stark zurückgehen. Dies würde wiederum bedeuten, dass die aktuellen Hauptzahler wie Bayern, Baden-Württemberg und Hessen ihr Bevölkerungswachstum zum Teil aus ersparten Zahlungen für den Länderfinanzausgleich finanzieren könnten. Insgesamt würde der Föderalismus gestärkt aus dieser Entwicklung hervorgehen, da alle Bundesländer, wenn auch unter-

schiedlich stark, an Finanzkraft gewinnen würden. Für die östlichen Bundesländer würde dieser Effekt auch auf kommunaler Ebene positiv wirken, wenn die neuen Einwohnerinnen und Einwohner vor allem in den Städten und Gemeinden mit einer zentralörtlichen Einstufung ihr neues Zuhause finden. Die Einnahmekraft würde sich hier erhöhen, so dass die Kosten des Zuwachses gut finanziert werden könnten. In den westdeutschen Bundesländern dürfte es anders aussehen. Eine Zunahme der Bevölkerung von 4 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern könnten vor allem viele Großstädte nicht verkraften, da diese schon jetzt an ihre Wachstumsgrenzen kommen. Nur urbane Regionen wie das Ruhrgebiet könnten das Bevölkerungswachstum gut verkraften, um die Verluste seit den 1960er Jahren auszugleichen. Vor allem die Mittel- und Kleinstädte Westdeutschlands würden den Zuwachs aufnehmen, und zwar dort, wo gute Arbeitsplätze angeboten werden. In der Konsequenz könnten dort die finanziellen Handlungsspielräume wegen höherer Steuereinnahmen steigen.

Unter den getroffenen Annahmen könnte es so kommen. Es könnte aber auch ganz anders kommen, wenn die zwei grundlegenden Annahmen sich in ihr Gegenteil verkehren.

Literatur

- Beznoska, Martin (2022): Die Altersverteilung von Steuern, Abgaben und staatlichen Leistungen. Methodik und Analyse – Dokumentation zum Online-Tool (=IW-Report, Nr. 7), Köln: Institut der deutschen Wirtschaft. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2022/IW-Report_2022-Altersverteilung-Abgaben.pdf (Zugriff 13.01.2025).
- Deutscher Bundestag (2024): Drucksache 20/11547, 20. Wahlperiode, 29.05.2024.
- Deutsche Rentenversicherung (2024): »Bundesmittel und Bundeszuschüsse: Staat erstattet Kosten für nicht beitragsgedeckte Leistungen«. <https://www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/DE/Ueber-uns-und-Presse/Presse/Meldungen/2024/240719-bundesmittel-bundeszuschuss.html> (Zugriff 17.10.2024).
- Fratzcher, Marcel (2023). »Die beste Investition in die Zukunft«, in: Blog Marcel Fratzscher vom 18.08.2023. <https://www.diw.de/de/di>

- w_01.c.879740.de/nachrichten/die_beste_investition_in_die_zukunft.html (Zugriff 27.10.2024).
- Hellwagner, Timon et al. (2022): »Wie sich eine demografisch bedingte Schrumpfung des Arbeitsmarkts noch abwenden lässt«, in: IAB-Forum vom 21.11.2022. <https://doi.org/10.48720/IAB.FOO.20221121.01>
- Koller, Martin/Schiebel, Winfried/Stichter-Werner, Albert (2003): Der heimliche Finanzausgleich (= IAB-Kurzbericht, Nr. 16/5.9.2003), Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit. <https://doku.iab.de/kurzber/2003/kb1603.pdf> (Zugriff 13.01.2025).
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2023a): Bildungsfinanzbericht 2023. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt (Destatis). https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsfoerderung/Publikationen/Downloads-Bildungsfinanzen/bildungsfinanzbericht-10232062370004.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff 13.01.2025).
- Statistisches Bundesamt (2023b): Bruttoinlandsprodukt von 1950 bis 2022 im Durchschnitt 3,1 % pro Jahr gewachsen. Pressemitteilung Nr. N 032 vom 1. Juni 2023. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/06/PD23_No32_81.html (Zugriff 13.01.2025).
- Statistisches Bundesamt (2023c): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, Lange Reihen ab 1970 (= Fachserie 18 Reihe 1.5). https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Publikationen/Downloads-Inlandsprodukt/inlandsprodukt-lange-reihen-pdf-2180150.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff 13.01.2025).
- Statistisches Bundesamt (2024a): Gesundheitsausgaben im Jahr 2022 auf knapp 500 Milliarden Euro gestiegen. Pressemitteilung Nr. 167 vom 25. April 2024. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/04/PD24_167_236.html (Zugriff 13.01.2025).
- Statistisches Bundesamt (2024b): Die Ergebnisse des Zensus 2022. <https://www.zensus2022.de/DE/Ergebnisse-des-Zensus/02-veroeffentlichung.html?nn=270470> (Zugriff 23.10.2024).
- Statistisches Bundesamt (o. J.a): Bevölkerungspyramide: Altersstruktur Deutschlands von 1950 – 2070. <https://service.destatis.de/bevoelkerungspyramide/index.html> (Zugriff 04.10.2024).
- Statistisches Bundesamt (o. J.b): Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland zwischen 1990 und 2023: Angleichung oder Verfestigung der Unterschiede? <https://www.destatis.de/DE/Them>

en/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aspekte/demografie-bevoelkerungsentwicklung-ost-west.html (Zugriff 10.10 2024).

Statistisches Bundesamt (o. J.c): Krankheitskosten, Krankheitskosten je Einwohner: Deutschland, Jahre, Geschlecht, Altersgruppen. Verfügbarer Zeitraum: 2015 – 2020. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?sequenz=tabelleErgebnis&selectionname=23631-0002> (Zugriff 26.10.2024).

Tabellenverzeichnis

- Tab. 1: Wirtschaftswachstum, Veränderung der Bevölkerungszahlen und öffentliche Finanzierungsdefizite im Dekadenvergleich | 114
- Tab. 2: Altersklassen nach Lebensphasen im Zeitvergleich | 118
- Tab. 3: Leerstehende Wohnungen als Basis für Bevölkerungswachstum | 122

